

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Prozess

freigelassene Guantánamo-Häftlinge

### **Impressum**

### Herausgeber

Année Politique Suisse Institut für Politikwissenschaft Universität Bern Fabrikstrasse 8 CH-3012 Bern www.anneepolitique.swiss

### Beiträge von

Mosimann, Andrea

### **Bevorzugte Zitierweise**

Mosimann, Andrea 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: freigelassene Guantánamo-Häftlinge, 2009*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. www.anneepolitique.swiss, abgerufen am 19.04.2024.

## Inhaltsverzeichnis

Allgemeine Chronik	•
Sozialpolitik	•
Soziale Gruppen	
Asylpolitik	•

# Abkürzungsverzeichnis

### **Allgemeine Chronik**

### Sozialpolitik

### Soziale Gruppen

#### Asylpolitik

INTERPELLATION / ANFRAGE DATUM: 02.03.2009 ANDREA MOSIMANN Im Vorfeld des Entscheids beschäftigte die Frage, ob die Schweiz **freigelassene Guantánamo-Häftlinge** aufnehmen soll, auch das Parlament. Die Aussenpolitische Kommission lehnte dabei mit 15 zu 2 Stimmen bei 2 Enthaltungen einen Antrag ab, der dem Bundesrat nahelegen wollte, auf die Aufnahme von Insassen des Gefangenenlagers zu verzichten. Der Ständerat diskutierte die Angelegenheit in der Frühjahrssession. Den Anstoss gab eine Interpellation von Seydoux (cvp, JU), mit welcher der Bundesrat aufgefordert wurde, den amerikanischen Behörden bei der Bewältigung des Guantánamo-Problems möglichst rasch zu helfen. Der Vorstoss löste in der kleinen Kammer eine Kontroverse aus: Während sich ein Teil der Ständeräte mit den freigelassenen Insassen solidarisierte, vertraten andere die Ansicht, die USA solle das Problem, dass sie sich eingebrockt habe, selbst lösen. <sup>1</sup>

VERORDNUNG / EINFACHER BUNDESBESCHLUSS DATUM: 17.12.2009 ANDREA MOSIMANN

Der Bundesrat will der neuen amerikanischen Regierung bei der **Bewältigung des Guantánamo-Problems** helfen und sprach sich im Dezember für die Aufnahme eines usbekischen Guantánamo-Häftlings aus. Während die meisten Kantone die Aufnahme von ehemaligen Gefangenen skeptisch beurteilten, erklärte sich Genf offiziell bereit, den Mann aufzunehmen. Hinter dem Beschluss der Landesregierung standen nicht nur völkerrechtliche, sondern auch handfeste wirtschaftliche Interessen. Sie hoffte, so das Verhältnis zur USA verbessern zu können; dies ist wichtig um die Probleme im Zusammenhang mit der Grossbank UBS zu bewältigen. <sup>2</sup>

1) AB SR, 2009, S. 7 ff.; NZZ, 19.2. und 3.3.09. 2) TA, 23.1.09; BüZ, 3.2.09; BaZ und SGT, 17.12.09.